

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht . . . . .	VII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXV
Vorbemerkung . . . . .	1
A. Gegenstand der Arbeit . . . . .	1
I. Die Grundrechtsbindung des Gesetzgebers . . . . .	1
II. Schwierigkeiten und Chancen eines Rechtsvergleichs . . . . .	1
III. Die Verfassungen der USA, Frankreichs und Deutschlands als grundrechtliche Leitmodelle . . . . .	3
B. Entwurf des Vorhabens . . . . .	4
I. Themenstellung . . . . .	4
II. Einschränkungen der behandelten Thematik . . . . .	6
III. Art der Darstellung . . . . .	6

### *Teil 1*

## Grundlagen und Begriffsklärungen

<i>Kapitel 1: Allgemeine Einführung in die Entwicklung der Grundrechtsbindung . . . . .</i>	11
A. USA . . . . .	11
I. Entwicklung des Grundrechtskatalogs . . . . .	11
II. Herausbildung eines richterlichen Prüfungsrechts . . . . .	13
III. Der Gesetzgeber im Grundrechtsbereich . . . . .	20
B. Frankreich . . . . .	22
I. Entwicklung des Grundrechtskatalogs . . . . .	22
II. Entwicklung eines Gesetzesprüfungsrechts . . . . .	26
III. Der Gesetzgeber im Grundrechtsbereich . . . . .	30
C. Deutschland . . . . .	33

I. Historische Grundrechtsentwicklung . . . . .	33
II. Grundrechtsbindung unter dem Grundgesetz. . . . .	38
III. Der Gesetzgeber unter dem Grundgesetz . . . . .	41
<i>Kapitel 2: »Grundrechte« und »Grundrechtsbindung« in den verschiedenen Ländern.</i> . . . . .	43
A. Grundrechte. . . . .	43
I. USA . . . . .	43
1. Die Grundrechte der US-amerikanischen Verfassung. . . . .	43
a) Die ursprünglich fast grundrechtslose Verfassung . . . . .	43
b) Die Erweiterung um »Bill of Rights« und »Civil War Amendments«. . . . .	44
c) Die Ausweitung des Adressatenkreises der Grundrechte . . . . .	45
d) Die Weiterentwicklung des Grundrechtskatalogs durch die Gerichte . . . . .	46
2. Grundrechtsterminologie in den USA . . . . .	53
3. Das Grundrechtsverständnis gegenüber dem Gesetzgeber . . . . .	54
II. Frankreich . . . . .	57
1. Der »bloc de constitutionnalité«. . . . .	57
a) Die Grundelemente des »bloc de constitutionnalité«. . . . .	57
b) Die Erweiterung des verfassungsgerichtlichen Prüfungsmaßstabs auf die Grundrechte des »bloc de constitutionnalité«. . . . .	59
c) Charakteristika der Rechte des »bloc de constitutionnalité«. . . . .	60
d) Besondere Elemente des »bloc de constitutionnalité« . . . . .	62
aa) Die »principes fondamentaux reconnus par les lois de la République« als Verfassungsprinzipien auf Gesetzesbasis . . . . .	62
bb) Die Charte de l'environnement als potentielle Grund- rechtsquelle. . . . .	64
cc) Die »objectifs de valeur constitutionnelle« als Verfassungs- interpretation oder Richterrecht . . . . .	65
e) Abgrenzung zu verwandten Instituten. . . . .	66
aa) Die »principes généraux du droit« . . . . .	66
bb) Einfaches Gesetzesrecht . . . . .	69
2. Grundrechtsterminologie in Frankreich . . . . .	69
a) Mangel einheitlicher Begrifflichkeit . . . . .	69
b) Die »libertés individuelles« . . . . .	70
c) Die »libertés publiques« . . . . .	71
d) Die »droits fondamentaux« . . . . .	72

e) Sonstige Umschreibungen durch den Conseil constitutionnel . . . . .	73
3. Das Grundrechtsverständnis gegenüber dem Gesetzgeber . . .	73
a) Grundlagen eines traditionell überhöhten Gesetzes- verständnisses. . . . .	73
b) Die Verfassung von 1958 beeinflussende Gegen- entwicklungen . . . . .	75
c) Die Schwächung des Gesetzes in der Rechtswirklichkeit der V. Republik . . . . .	75
III. Deutschland . . . . .	77
1. Die Grundrechte des Grundgesetzes . . . . .	77
2. Grundrechtsterminologie in Deutschland . . . . .	78
3. Das Grundrechtsverständnis gegenüber dem Gesetzgeber . .	79
IV. Fazit . . . . .	86
1. Grundunterschiede zwischen französischem und US-amerikanischem Grundrechtssystem. . . . .	86
2. Das deutsche Modell im Vergleich. . . . .	87
B. Die Grundrechtsbindung des Gesetzgebers . . . . .	88
I. Allgemeine Erwägungen . . . . .	89
II. Die Herleitung der gesetzgeberischen Grundrechtsbindung in den einzelnen Ländern . . . . .	91
III. Fazit . . . . .	94
 <i>Kapitel 3: Akteure bei der Durchsetzung der Grundrechtsbindung. .</i>	 95
A. Selbstkontrolle durch das Parlament und Kontrolle durch parlamentsabhängige Organe . . . . .	96
I. Die Selbstkontrolle des Parlaments . . . . .	96
1. Die »Erstzuständigkeit« des Parlaments für die Verfassungs- mäßigkeit von Gesetzen. . . . .	96
2. Parlamentarische Selbstkontrolle neben einer Verfassungs- gerichtsbarkeit . . . . .	97
3. Unterstützungsfunktion parlamentarischer Selbstkontrolle für die verfassungsgerichtliche Überprüfung. . . . .	100
II. Kontrolle durch parlamentsabhängige/politische Organe . . . .	101
III. Fazit . . . . .	104
B. Die Rolle des Staatspräsidenten . . . . .	104
I. USA . . . . .	104
1. Erhebliche Einflussmöglichkeiten des Präsidenten auf die Gesetzgebung . . . . .	104

2. Das Vetorecht als Einwirkungsrecht im Gesetzgebungsverfahren . . . . .	105
a) Das Vetorecht als Mittel zur Geltendmachung verfassungsrechtlicher Bedenken . . . . .	105
b) Verfassungsrechtliche Gebundenheit des Vetorechts . . . . .	107
3. Das »signing statement« bei der Unterzeichnung . . . . .	108
4. Die Vollzugsverweigerung bei der Ausführung der Gesetze . . . . .	110
II. Frankreich . . . . .	114
1. Der Präsident als Wächter der Verfassung . . . . .	114
2. Die Einwirkungsmöglichkeiten auf Gesetze im Einzelnen . . . . .	116
a) Überblick zu den Kompetenzen . . . . .	116
b) Insbesondere: Die Zurückverweisung an das Parlament . . . . .	116
c) Insbesondere: Die Anrufung des Conseil constitutionnel . . . . .	118
d) Insbesondere: Die Verkündung der Gesetze. . . . .	119
3. Die Eignung des Präsidenten als Organ zur Verfassungsdurchsetzung . . . . .	120
III. Deutschland . . . . .	121
1. Die Stellung des Bundespräsidenten im Verfassungsgefüge . . . . .	121
2. Formelles, materielles und politisches Prüfungsrecht des Bundespräsidenten . . . . .	122
3. Verfassungsbindung und Verfassungsorganstellung als Ansatzpunkte für ein materielles Prüfungsrecht . . . . .	122
4. Die Existenz einer Prüfungspflicht . . . . .	125
5. Praktische Implikationen eines präsidentiellen Prüfungsrechts . . . . .	126
IV. Fazit . . . . .	127
C. (Verfassungs-)gerichtliche Kontrolle . . . . .	128
I. Vorbeugende gerichtliche Kontrolle . . . . .	128
1. Verfassungsgerichtliche Vorabkontrolle in Frankreich . . . . .	128
a) Der Conseil constitutionnel als Akteur der Vorabkontrolle . . . . .	128
b) Konsequenzen des Modells einer Präventivkontrolle. . . . .	130
aa) Die Vorabkontrolle als Instrument der Schonung des Gesetzes . . . . .	130
bb) Der Gleichheitsgedanke . . . . .	131
cc) Rechtssicherheit und Fehlerfolgenproblematik . . . . .	132
dd) Auswirkungen auf die Parlamentsarbeit . . . . .	132
ee) Politische Störanfälligkeit der Vorabkontrolle . . . . .	133
c) Besondere Modalitäten einer Vorabprüfung. . . . .	134
2. Keine Vorabkontrolle in den USA und Deutschland. . . . .	134
3. Fazit . . . . .	136
II. Ex-post-Kontrolle durch Gerichte . . . . .	136

1. Ex-post-Kontrolle in Frankreich. . . . .	136
a) Zur Rechtslage vor der Verfassungsreform 2008 . . . . .	136
aa) Die traditionelle Zurückhaltung der Gerichte gegenüber der Gesetzesüberprüfung . . . . .	136
bb) Bisherige punktuelle Ansätze einer Ex-post-Kontrolle in der Praxis . . . . .	138
(1) Ansätze einer Ex-post-Kontrolle durch den Conseil constitutionnel . . . . .	138
(2) Völkerrechtlich ausgerichtete Normenkontrolle durch die Fachgerichte . . . . .	139
b) Einführung einer konkreten Normenkontrolle. . . . .	141
aa) Notwendigkeit einer Reform. . . . .	141
bb) Reformbestrebungen in der Vergangenheit. . . . .	142
cc) Verfassungsreform von 2008 . . . . .	143
2. Ex-post-Kontrolle in den USA und Deutschland . . . . .	147
a) Strukturelle Unterschiede in der Verfassungsmäßigkeits- kontrolle. . . . .	147
b) Initiierung und Charakter der Prüfung sowie Wirkung der Entscheidung . . . . .	148
c) Begründungsansätze für die Unterschiedlichkeit der Modelle . . . . .	150
d) Der Einfluss eines unterschiedlichen Legitimations- niveaus. . . . .	152
e) Die Angleichung der Modelle in der Praxis . . . . .	153
3. Fazit. . . . .	155
D. Die Bürger. . . . .	156
I. Frankreich . . . . .	156
1. Grundlagen der Verfassungsdurchsetzung durch die Bürger	156
2. Die Bürger als Initiatoren gerichtlicher Kontrolle . . . . .	157
3. Die Bürger im politischen Prozess . . . . .	158
II. Deutschland und die USA . . . . .	159
1. Die Bürger als Initiatoren gerichtlicher Kontrolle . . . . .	159
2. Die Bürger im politischen Prozess . . . . .	160
III. Fazit zur Rolle der Bürger . . . . .	161
E. Fazit . . . . .	162

## Teil 2

## Die Eigenständigkeit des Gesetzgebers

<i>Kapitel 4: Der Gesetzgeber als Verfassungsinterpret – Bindung des Gesetzgebers an die Grundrechte in ihrer Auslegung durch das Verfassungsgericht?</i> . . . . .	167
A. Kontext der Diskussion in den USA, Frankreich und Deutschland . . . . .	169
I. Vereinigte Staaten . . . . .	169
1. Eigenständiges Verfassungsinterpretationsrecht des Staatspräsidenten . . . . .	170
2. Normwiederholungen durch den Kongress . . . . .	170
3. Die Möglichkeit einer extensiveren Grundrechtsinterpretation durch den Kongress . . . . .	171
II. Frankreich . . . . .	172
1. Die »autorité de la chose jugée« . . . . .	172
2. Das »brevet de constitutionnalité« . . . . .	173
3. Die Verfassungsänderung in Reaktion auf Entscheidungen des Conseil . . . . .	174
4. Die beschränkten Zugriffsmöglichkeiten des Conseil auf die Verfassung . . . . .	175
III. Deutschland . . . . .	176
1. Bindung an die tragenden Gründe der Entscheidung . . . . .	176
2. Normwiederholungsverbot . . . . .	176
IV. Zwischenfazit . . . . .	178
B. Die Forderung nach einem »obersten Interpreten« der Verfassung . . . . .	178
I. Gründe für eine Einheitlichkeit der Verfassungsinterpretation . . . . .	178
II. Verschiedene Möglichkeiten der Zuweisung der Interpretationsmacht . . . . .	179
1. Interpretation durch die Einzelstaaten . . . . .	179
2. Vorrang der Legislative . . . . .	180
3. Entscheidung durch das Volk . . . . .	181
a) Volkskonvente zur Verfassungsinterpretation . . . . .	181
b) Die Einbeziehung des Volkswillens durch die Verfassungsorgane . . . . .	181
4. Vorrang der Judikative beziehungsweise des Verfassungsgerichts . . . . .	183
a) Die Gerichtsbarkeit als »least dangerous branch« . . . . .	183
b) Die Gerichte als Garanten für Stabilität, Richtigkeit und Prinzipienwahrung . . . . .	184
c) Gründe gegen judicial supremacy . . . . .	186

5. Vorrang des Staatspräsidenten . . . . .	187
6. Fazit . . . . .	188
C. Koordinierte Interpretation als Alternativmodell. . . . .	189
I. Departmentalismus . . . . .	189
II. »Konkurrentielle Interpretation« . . . . .	191
1. Das Modell der konkurrentiellen Interpretation . . . . .	191
2. Grundrechtsspezifische Herleitung . . . . .	193
3. Institutionelle Herleitung. . . . .	196
a) »Checks and Balances« im Gewaltenteilungsmodell . . . . .	196
b) Der Amtseid der Funktionsträger . . . . .	197
c) Funktionsbestimmung des Verfassungsgerichts. . . . .	197
D. Möglichkeiten konkurrentieller Verfassungsinterpretation in den einzelnen Rechtsordnungen . . . . .	199
I. Bundesverfassungsgericht . . . . .	199
1. Normative Anknüpfungspunkte. . . . .	199
2. Stellung des Bundesverfassungsgerichts im Institutionen- gefüge . . . . .	200
3. Bindung an die Entscheidungsgründe und Norm- wiederholungsverbot . . . . .	202
a) Bindungswirkung der tragenden Gründe der Entscheidung . . . . .	202
b) Normwiederholungsverbot . . . . .	203
c) Verfassungsorgantreue als Grenze . . . . .	205
II. US-Supreme Court . . . . .	206
1. Normative Anknüpfungspunkte. . . . .	206
2. Die Common-Law-Tradition. . . . .	206
3. Die Stellung des Supreme Court im Institutionengefüge . . . . .	207
III. Conseil constitutionnel. . . . .	208
1. Normative Anknüpfungspunkte. . . . .	208
2. Stellung des Conseil constitutionnel im Institutionengefüge a) Besondere Nähe zum Gesetzgebungsverfahren. . . . .	210
b) Objektive Verfassungswahrung als Aufgabe des Conseil	211
c) »Arbeitsteiliger« Zugriff auf die Verfassung. . . . .	213
d) Annäherung an gerichtsförmige Entscheidungsweise . . . . .	214
3. Wandel der Rolle des Conseil. . . . .	214
E. Die unabhängige Rolle des Gesetzgebers bei der Grundrechts- interpretation . . . . .	215

<i>Kapitel 5: Grundrechte und gesetzgeberischer Gestaltungsspielraum</i>	218
A. Zur Existenz eines Gestaltungsspielraums. . . . .	219
I. »Absolute« Grundrechtsauffassung. . . . .	219
1. Das traditionell absolute Grundrechtsverständnis in den USA . . . . .	219
2. Tendenz zu einer »Verabsolutierung« von Grundrechten in Deutschland durch die Theorie vom engen Gewähr- leistungsgehalt . . . . .	222
a) Der enge Gewährleistungsgehalt der Grundrechte . . . . .	222
b) Der »Gewährleistungsgehalt« als Einfallstor für grundrechtlichen Dezisionismus . . . . .	223
3. Kein absolutes Grundrechtsverständnis in Frankreich . . . . .	226
II. Optimierungsgebote . . . . .	226
1. Prinzipientheorien in den USA und Deutschland . . . . .	226
a) Vorbemerkung . . . . .	226
b) Dworkins Theorie der Interpretation . . . . .	227
c) Grundrechte als Optimierungsgebote bei Alexy . . . . .	228
aa) Vorbemerkung . . . . .	228
bb) Innenperspektive des Gesetzgebers . . . . .	229
cc) Gesetzgeber und Verfassungsgericht . . . . .	231
dd) Kritik. . . . .	233
2. Grundrechtsoptimierung in Frankreich. . . . .	233
B. Wechsel des Gestaltungsspielraums je nach Perspektive? – Disjunktion von Handlungs- und Kontrollnorm . . . . .	234
I. Deutschland. . . . .	235
1. Steigerung der Grundrechtsinhalte durch die Handlungs- norm . . . . .	235
2. Zurücknahme verfassungsgerichtlicher Kontrolldichte anhand der Kontrollnorm . . . . .	236
3. Geringe Offenheit des Grundgesetzes gegenüber einer Divergenztheorie . . . . .	236
II. USA . . . . .	238
1. Zurücknahme verfassungsgerichtlicher Kontrolldichte . . . . .	238
2. Steigerung der Grundrechtsinhalte durch die Handlungs- norm . . . . .	240
3. Offenheit amerikanischer Verfassungskultur gegenüber nicht einklagbaren Grundrechtsgehalten . . . . .	241
III. Frankreich . . . . .	242
C. Determinanten des gesetzgeberischen Gestaltungsspielraums. . . . .	244
I. Deutschland: Überwiegen der Normdichte als Kriterium . . . . .	244

II. Frankreich . . . . .	249
1. Geringe Relevanz der Normdichte . . . . .	249
2. Gestaltungsspielraum in Abhängigkeit von der Wertigkeit des jeweiligen Grundrechts. . . . .	250
a) »Libertés ›ordinaires« und »libertés fondamentales«. . . . .	250
b) Die Hierarchisierung nach »Grundrechtsgenerationen«. . . . .	251
c) Die Hierarchisierung nach Grundrechtsfunktionen . . . . .	251
3. Institutioneller Ansatz: Das Verhältnis von Gesetzgeber und Verfassungsgericht . . . . .	252
a) Politische Rücksichtnahme durch den Conseil constitutionnel . . . . .	253
b) Der Grad der Legitimität des Conseil als Entscheidungs- determinante . . . . .	253
III. USA . . . . .	255
1. Grundsätzliche Irrelevanz der Normdichte. . . . .	255
2. Wertender Ansatz: Unterscheidung zwischen »bevorzugten« und sonstigen Rechten . . . . .	256
3. Maßgebliches Gewicht institutioneller Erwägungen. . . . .	258
a) Rücksichtnahme des Supreme Court auf den Gesetzgeber . . . . .	258
b) Die Legitimität des Supreme Court als Entscheidungs- determinante . . . . .	259
D. Fazit . . . . .	260
 <i>Kapitel 6: Grundrechtsschutz im Gesetzgebungsverfahren . . . . .</i>	 263
A. Deutschland. . . . .	264
I. Grundsätzliches zur Verfahrenskontrolle . . . . .	264
II. Erschließung der tatsächlichen Grundlagen einer Regelung . . . . .	266
1. Ansätze in der Rechtsprechung . . . . .	266
2. Verfassungsrechtliche Grundlagen einer Pflicht zur Sachbereichserforschung . . . . .	267
III. Die Diskussion im Parlament . . . . .	269
IV. Die Motivation des Gesetzgebers . . . . .	270
V. Die Folge von Fehlern im inneren Gesetzgebungsverfahren . . . . .	272
B. Frankreich. . . . .	273
I. Grundsätzliches zur Verfahrenskontrolle . . . . .	273
II. Erschließung der tatsächlichen Grundlagen einer Regelung . . . . .	274
1. Konsultationspflichten . . . . .	274
2. Sonstige Informationspflichten. . . . .	276
III. Die Diskussion im Parlament . . . . .	276

1. Kontrolle der inhaltlichen Reichweite der Diskussion . . . . .	276
a) Der demokratische Ablauf der Diskussion . . . . .	276
b) Die Qualität der parlamentarischen Diskussion . . . . .	278
2. Die Konzentration auf das Verhältnis Regierung – Gesetzgeber . . . . .	279
IV. Die Motivation des Gesetzgebers . . . . .	280
1. Das »détournement de pouvoir« . . . . .	280
2. Verlagerung der Motiv- auf eine Tatsachenkontrolle. . . . .	282
3. Die »incompétence négative« . . . . .	282
V. Die Folge von Fehlern im inneren Gesetzgebungsverfahren . . . . .	284
C. USA . . . . .	284
I. Grundsätzliches zur Verfahrenskontrolle . . . . .	284
1. Traditionelle Ablehnung einer Verfahrenskontrolle . . . . .	284
2. Neuere Entwicklungsansätze. . . . .	286
II. »Due Process of Lawmaking« – Mindestanforderungen an das Gesetzgebungsverfahren . . . . .	288
1. Die »Rules« in den Einzelstaaten. . . . .	288
2. Die Verfahrensbindung des Bundesgesetzgebers . . . . .	289
a) Tatsachenerhebung (»fact gathering«) . . . . .	290
b) Die »Deliberation« im Parlament . . . . .	292
III. Motivkontrolle . . . . .	293
IV. Folgen von Fehlern im Gesetzgebungsverfahren . . . . .	296
D. Fazit . . . . .	297

### Teil 3

## Grundrechtsgehalte und Grundrechtsdimensionen

<i>Kapitel 7: Das Abwehrrecht</i> . . . . .	303
A. Deutschland. . . . .	303
I. Rolle abwehrrechtlichen Grundrechtsverständnisses . . . . .	303
1. Das Abwehrrecht als Basisfunktion der Grundrechte . . . . .	303
2. Abwehrrechtliches Freiheitsverständnis . . . . .	305
3. Besondere Rolle des Gesetzgebers . . . . .	305
4. Sonderstellung des Abwehrrechts als »self-executing«? . . . . .	308
II. Einschränkung des Abwehrrechts. . . . .	309
1. Einschränkung aufgrund ausdrücklicher Schranken- vorbehalte. . . . .	309
2. Grundrechtseinschränkung durch Eingriff. . . . .	310

3. »Schranken-Schranken« . . . . .	312
4. Charakterisierung des verfassungsgerichtlichen Vorgehens. . . . .	314
B. USA . . . . .	314
I. Rolle abwehrrechtlichen Grundrechtsverständnisses . . . . .	314
II. Einschränkung . . . . .	317
1. Mangel ausdrücklicher Grundrechtsschranken . . . . .	317
2. Grundrechte und staatliche Regelungskompetenzen . . . . .	318
3. Richterrechtliche Entwicklung eines Abwägungsmodells. . . . .	319
4. Die Maßstäbe (»standards«) für eine Grundrechtseinschränkung . . . . .	320
a) Gestaffelte »Tests« . . . . .	320
b) Kein gleitender Prüfungsmaßstab . . . . .	322
5. Die Entscheidung zwischen strenger und milder Kontrolle. . . . .	323
a) Bevorzugte Rechte und verdächtige Klassifizierungen . . . . .	323
b) »Intuitive« Herangehensweise des Gerichts . . . . .	324
c) Prozessorientierter Ansatz . . . . .	324
6. Charakteristika der Vorgehensweise des Supreme Court . . . . .	325
C. Frankreich. . . . .	326
I. Rolle abwehrrechtlichen Grundrechtsverständnisses . . . . .	326
II. Einschränkung . . . . .	328
1. Immanentes Schrankenverständnis . . . . .	328
2. Arten der Grundrechtseinschränkung . . . . .	329
a) Die »conciliation« . . . . .	329
b) Die »limitation«. . . . .	330
aa) Grundrechtseinschränkungen durch »objectifs de valeur constitutionnelle« . . . . .	331
bb) Grundrechtseinschränkungen aus Gemeinwohlgründen . . . . .	332
c) »atteintes non substantielles« . . . . .	333
3. Fehlen des Eingriffstopos. . . . .	333
4. »Schranken-Schranken« . . . . .	334
5. Charakterisierung des verfassungsgerichtlichen Vorgehens . . . . .	335
D. Fazit . . . . .	336
 <i>Kapitel 8: Die Beseitigungspflicht des Gesetzgebers bezüglich verfassungswidriger Gesetze . . . . .</i>	 337
A. Kontext der Reaktionspflicht in Deutschland, den USA und Frankreich . . . . .	338
I. Deutschland . . . . .	338

II. USA . . . . .	339
III. Frankreich . . . . .	340
B. Rechtliche Herleitung einer Beseitigungspflicht des Gesetzgebers . .	341
I. Die Grundrechtsbindung als Quelle einer Pflicht zur Beseitigung grundrechtswidriger Zustände . . . . .	342
1. Deutschland . . . . .	342
2. Frankreich . . . . .	344
3. USA . . . . .	345
II. Funktionelle Abgabe dieser Pflicht an die Verfassungs- gerichtsbarkeit? . . . . .	346
1. Deutschland . . . . .	347
a) Verfassungsgerichtliche Normenkontrolle. . . . .	347
b) Rücknahme und Nichtigkeit verfassungswidriger Gesetze aa) Reaktionspflicht vor verfassungsgerichtlicher Entscheidung. . . . .	348
bb) Reaktionspflicht nach verfassungsgerichtlicher Entscheidung. . . . .	349
2. USA . . . . .	350
3. Frankreich . . . . .	351
C. Insbesondere Deutschland: Einklagbarkeit einer gesetzgeberischen Rücknahmepflicht . . . . .	352
I. Gesetzgeberische Reaktionspflicht als Gegenstand des Organstreitverfahrens . . . . .	352
II. Gesetzgeberische Reaktionspflicht als Gegenstand der Verfassungsbeschwerde . . . . .	353
III. Inangasetzen einer Frist durch das Unterlassen . . . . .	355
D. Fazit . . . . .	356
 <i>Kapitel 9: Die Haftung für legislatives Unrecht . . . . .</i>	 358
A. Deutschland. . . . .	359
I. Grundrechtliche Gebotenheit einer Haftung für legislatives Unrecht . . . . .	359
1. »Haftungsfunktion« der Grundrechte . . . . .	359
2. Keine Sonderbehandlung des Parlamentsgesetzes . . . . .	362
a) Wandel der Funktion des Gesetzes . . . . .	362
b) Keine Differenzierung im Rahmen der Grundrechts- bindung . . . . .	363
c) Europarechtliche Einwirkungen . . . . .	363

3. Fazit . . . . .	365
II. Keine Erfassung legislativen Unrechts durch Amtshaftung . . . . .	365
1. Grundrechtsbindung als nach außen gerichtete Pflicht . . . . .	365
2. Überleitungscharakter der Haftung und Indemnität . . . . .	367
III. Möglichkeit eines richterrechtlichen Haftungsregimes . . . . .	369
B. USA . . . . .	372
I. Theoretische Grundlagen einer Staatshaftung . . . . .	372
1. Die Kopplung von »rights« und »remedies« als Ausgangspunkt . . . . .	372
2. Das Prinzip der »sovereign immunity« als Gegengewicht. . . . .	373
II. Das Haftungsregime in den Vereinigten Staaten im Überblick . . . . .	374
1. Die Bundesebene. . . . .	374
a) Direkthaftung des Staates nur auf »freiwilliger« Basis . . . . .	374
b) Konzentration auf die persönliche Haftung der Beamten . . . . .	375
2. Die Ebene der Einzelstaaten . . . . .	376
III. Reformansätze im Lichte der Grundrechte . . . . .	376
1. Grundrechte als Wiedergutmachungsgebote . . . . .	376
2. Die »negative Verfassung« als Gegenargument . . . . .	378
3. Reformansätze in der Rechtsprechung des Supreme Court . . . . .	379
IV. Fazit . . . . .	380
C. Frankreich. . . . .	382
I. Hindernisse einer umfassenden Gesetzeshaftung . . . . .	382
II. Entwicklung einer beschränkten Haftung für Gesetze. . . . .	384
1. Das Regime der »responsabilité du fait des lois« . . . . .	384
2. Grundlagen der »responsabilité du fait des lois« . . . . .	385
a) »Gesetzesergänzender« Charakter der Haftung . . . . .	385
b) Das Prinzip der Lastengleichheit . . . . .	386
3. Grenzen der »responsabilité du fait des lois« . . . . .	387
a) Bewusst auferlegte Lasten . . . . .	387
b) Dem öffentlichen Wohl dienende Normen . . . . .	388
III. Völker- und europarechtliche Einflüsse . . . . .	389
IV. Restriktivität und Verfassungsferne des französischen Ansatzes . . . . .	391
D. Fazit zur Haftung für legislatives Unrecht. . . . .	393
<i>Kapitel 10: Grundrechtliche Schutzpflichten</i> . . . . .	397
A. Charakterisierung von Schutzpflichten . . . . .	397
I. Definition und Abgrenzung der Schutzpflicht. . . . .	397
II. Zweck der Schutzpflicht . . . . .	399

B. Überblick über die Schutzpflichtenjudikatur der einzelnen Länder. . .	400
I. Deutschland . . . . .	400
1. Die Schutzpflicht als allgemeine Grundrechtsdimension . . .	400
2. Facetten schutzpflichtgebotenen Handelns . . . . .	400
3. Die aus Schutzpflichten resultierende Grundrechtsbindung .	402
a) Verhältnismäßigkeitsprüfung . . . . .	402
b) Einschätzungsspielraum des Gesetzgebers . . . . .	405
c) »Schwäche« der Schutzpflicht? . . . . .	407
II. Frankreich . . . . .	409
1. Geringe abstrakte Durchdringung der Schutzpflicht . . . . .	409
2. Ansätze einer Schutzpflichtenrechtsprechung . . . . .	410
a) Thematische Entfaltung der Schutzpflichten-	
rechtsprechung . . . . .	410
b) Die Technik des Conseil constitutionnel. . . . .	412
aa) Die »Objectifs de valeur constitutionnelle« . . . . .	412
bb) »Garanties légales« und »effet cliquet«. . . . .	412
III. USA . . . . .	416
1. Grundsätzliche Ablehnung positiver staatlicher Pflichten . .	416
2. Staatliche Schutzpflichten in Ausnahmekonstellationen. . . .	418
a) »Structural harm cases« . . . . .	419
b) Staatliche Näheverhältnisse . . . . .	419
c) Pflicht zur Gewährung eines Rechtswegs . . . . .	420
3. Grundrechtsschutz und Föderalismus. . . . .	421
a) Allgemeine Kompetenzen des Kongresses. . . . .	422
b) Besondere Regelungskompetenzen in den »Civil War	
Amendments«. . . . .	423
C. Rechtliche Herleitung von Schutzpflichten im Rechtsvergleich . . . .	425
I. Die Sicherungsfunktion des Staates als Ausgangspunkt . . . . .	426
1. Staatsaufgabe Sicherheit und staatliches Gewaltmonopol . . .	426
2. Das Kompensationsmodell . . . . .	426
3. Rechtsvergleichender Aspekt und Fazit . . . . .	428
II. Abwehrrechtliche Schutzpflichtkonstruktion . . . . .	428
1. Deutschland . . . . .	429
a) Das Zurechnungsmodell. . . . .	429
b) Das Reaktionsmodell . . . . .	429
2. Frankreich . . . . .	430
3. USA . . . . .	431
III. Die Menschenwürde als Ausgangspunkt. . . . .	432
IV. Die Fundierung der Schutzpflichten in der Wertordnung . . . .	433
1. Die grundrechtliche Wertordnung als Quelle	
von Schutzpflichten . . . . .	433

2. Rechtsvergleichende Aspekte . . . . .	434
V. Zwischenergebnis . . . . .	435
D. Fazit . . . . .	435
 <i>Kapitel 11: Soziale Grundrechte</i> . . . . .	 438
A. Definition sozialer Grundrechte . . . . .	438
I. Soziale Grundrechte als sozialbezogene oder kollektive Rechte	439
II. Soziale Grundrechte als Leistungspflichten des Staates. . . . .	440
III. Abgrenzung nach Gegenstand, Wirkungsweise und Zielrichtung sozialer Grundrechte. . . . .	441
IV. Soziale Grundrechte und Staatszielbestimmungen . . . . .	442
V. Fazit . . . . .	443
B. Anerkennung und Stellung sozialer Grundrechte in den einzelnen Ländern . . . . .	444
I. Frankreich . . . . .	444
1. Die Kategorie der sozialen Grundrechte . . . . .	444
a) Die Rechte der Präambel von 1946 . . . . .	444
b) Unterteilung in »droits-créances« und »libertés collectives« . . . . .	444
c) Soziale Grundrechte außerhalb der Präambel. . . . .	445
2. Rechtliche Stellung sozialer Grundrechte. . . . .	446
a) Tradition der sozialen Grundrechte in Frankreich . . . . .	446
b) Soziale Grundrechte als »zweite Generation« der Menschenrechte . . . . .	447
c) Soziale Grundrechte als durchsetzbares Verfassungsrecht	447
3. Die sozialen Grundrechte im Einzelnen . . . . .	449
a) Das Recht auf Arbeit . . . . .	449
b) Das Recht, ein normales Familienleben zu führen . . . . .	449
c) Versorgungsrechte des Abs. 11 der Präambel von 1946 . . . . .	450
d) Sonstige Rechte und Sozialstaatsprinzip . . . . .	450
4. Funktionen sozialer Grundrechte . . . . .	451
5. Subjektive Komponente der »droits-créances« . . . . .	451
II. USA . . . . .	453
1. Bundesebene . . . . .	453
a) Keine Normierung sozialer Grundrechte in der Verfassung . . . . .	453
b) Bestrebungen bezüglich sozialer Rechte in der Wissenschaft. . . . .	454
aa) Das Schrifttum der 60er Jahre . . . . .	454
bb) Aktuelle Ansätze. . . . .	455

c) »Secondary judicial protection« sozialer Rechte . . . . .	457
2. Einzelstaaten . . . . .	459
a) Soziale Grundrechte in den Verfassungen . . . . .	459
b) Rechtsprechung zu den sozialen Grundrechten. . . . .	460
III. Deutschland . . . . .	461
1. Bundesebene . . . . .	461
a) Fehlen sozialer Grundrechte . . . . .	461
b) Sozialstaatsprinzip . . . . .	462
c) Schutz sozialer Belange durch die klassischen Grundrechte . . . . .	463
2. Länderebene . . . . .	463
a) Systematik der sozialen Grundrechte auf Länderebene . . . . .	463
b) Soziale Grundrechte in der Rechtsprechung. . . . .	464
C. Funktionen sozialer Grundrechte. . . . .	466
I. Begrenzte Wirksamkeit sozialer Grundrechte. . . . .	466
II. Soziale Grundrechte im Rahmen von Abwägungs- entscheidungen . . . . .	467
III. »Rückschrittsverbot«. . . . .	468
IV. Garantie eines Mindeststandards . . . . .	470
D. Stellungnahme zur Kategorie der sozialen Grundrechte . . . . .	473
I. Soziale Grundrechte als uneinlösbare Versprechungen? . . . . .	473
II. Willkürlichkeit des Katalogs sozialer Grundrechte? . . . . .	474
III. Übergriff in den politischen Gestaltungsbereich? . . . . .	475
IV. Mangelnde Lenkkraft sozialer Grundrechte? . . . . .	476
E. Fazit . . . . .	478
<i>Fazit</i> . . . . .	479
<i>Ergebnisse der Arbeit in Thesen</i> . . . . .	482
Literaturverzeichnis . . . . .	489
Personen- und Sachverzeichnis . . . . .	535